

Nachlese

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 3: **Frauen : Gleichberechtigung und mehr**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



JUBILÄUM ENTFACHT DISKUSSION

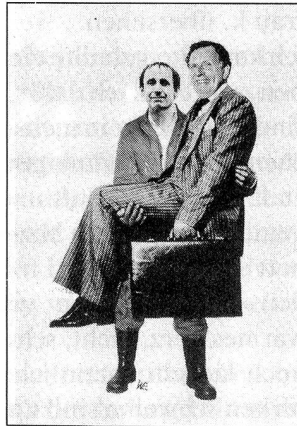
Als wir im Sommer das DISKUSSIONS-Heft Nr. 2 zum Thema Arbeitsfrieden erarbeiteten, geschah dies in Absicht, das 50-Jahr-Jubiläum des Friedensabkommens zum Anlass einer vertieften Debatte über Vergangenheit und Zukunft der Gewerkschaftsbewegung zu nehmen. Diese Debatte hat in unerwartet heftiger Form stattgefunden und soll hier kurz dokumentiert werden:

Der SMUV und der Unternehmerverband ASM propagierten in unerschütterter Gemeinsamkeit die 50 Jahre Friedensabkommen als bestmöglichen aller Zustände und jubilierten gemeinsam am 4. September im Zürcher Kongresshaus: Vor rund 1300 geladenen Gästen (verköstigt aus den Geldern der paritätischen Kasse) verkündete Bundesrat Delamuraz, es gebe «staatspolitisch nichts Erstrebenswerteres und sozialpolitisch nichts Moderneres» als das Friedensabkommen. SGB-Präsident Reimann warnte davor,

auf die «ausgetretenen Pfade der Konfliktstrategie zurückzukehren».

Demgegenüber meldeten sich nun vielerorts kritische Stimmen:

– Neben der DISKUSSION Nr. 2 wird in Publikationen wie dem WIDERSPRUCH (Sonderband), der «Gewerkschaftlichen Rundschau» (4/87) und Zeitungen der Linken eine vertiefte Kritik an der Arbeitsfriedenpolitik formuliert. Aber auch in bürgerlichen Zeitungen wird am Mythos des Arbeitsfriedens gekratzt (BILANZ, WELT-WOCHE, u.a.).



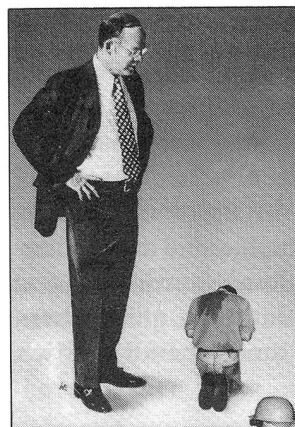
– Aktive Zürcher Gewerkschafts-Verantwortliche formulierten eine öffentliche Erklärung «50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug», die von mehreren SGB-Lokal-sektionen unterstützt wird. Der Aufruf erscheint im AZ-Ring und in verschiedenen Gewerkschaftszeitungen.

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» verweigert seinerseits die Annahme des Aufrufs als Inserat!

– Der Vorstand des Genfer Gewerkschaftsbunds unterstützte den Zürcher Aufruf und verabschiedete seinerseits eine Erklärung, die sich gegen Arbeitsfrieden und die

50-Jahr-Festivitäten wendet. – Der öffentliche Diskussionsbeitrag von Zürcher Gewerkschaftssektionen und Aktiven rief nun den SGB-Vorstand auf den Plan, in welchem es dem SMUV gelang, eine eigentliche «Kalt-Krieg-Stimmung» aufkommen zu lassen. Grossmehreheitlich wurde in der Sitzung vom 26. August 1987 der Zürcher Aufruf verurteilt und per Express-Schreiben (vgl. Text) und mit vielen Telephonaten der Rückzug von einzelnen Unterschriften und des ganzen Aufrufs verlangt. – Da aber auch der SGB-Vorstand den Anlass zur Diskussion nicht verneinen konnte, beschloss er seinerseits am 27. Oktober 1987 eine Verbands-Konferenz zum Thema «Arbeitsfriede – Arbeitskonflikte» durchzuführen.

Diese Tagung verlief insofern positiv, als hier im Gegensatz zur Vorstandssitzung jede/r ihre/seine Position darlegen konnte. Die Beiträge von VertreterInnen des GBH, der GTCP und der GDP haben neue Elemente für eine Politik der Relativierung des Arbeitsfriedens gebracht. Weitgehend blieb es an der Tagung aber bei einem Dialog mit Tauben: Der



SMUV ging auf keine Argumente ein und hielt unbeirrt an seiner Verteidigung des absoluten Friedensabkommens fest.

INSERATTEXT

«50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug!»

Im Juli 1937 hat der Metall- und Uhrenarbeiterverband gegen heftigen internen Widerstand mit den Fabrikbesitzern ein «Friedensabkommen» unterzeichnet. Dadurch erfolgte der freiwillige Verzicht auf das Streikrecht, ein legitimes gewerkschaftliches Kampfmittel. Die Entpolitisierung der Lohnabhängigen war eingeleitet.

Und heute? Tatsächlich kasieren die Schweizer Unternehmer märchenhafte Profite. Demgegenüber haben die Schweizer ArbeitnehmerInnen die intensivste und längste Arbeitszeit Europas. Die Betriebe sind Sperrbezirke für die Demokratie. Die Unternehmerschaft will das Rentenalter für alle heraufsetzen, das vom Volk verfassungsmässig verankerte Recht auf Gleichberechtigung (gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit) übergehen und eine soziale Mutterschaftsversicherung verweigern, obwohl diese längst in der Verfassung verbrieft ist.

50 Jahre Arbeitsfrieden: Es ist höchste Zeit nachzudenken.

– Die Arbeiterschaft hat gründlich verlernt, für ihre Interessen zu kämpfen. Betriebsschliessungen und Entlassungen werden meist kampfflos hingenommen.

– Fremdenfeindliche Aktivitäten verschlechtern das Klima zwischen schweizerischen und ausländischen KollegInnen (...)

– Die technologische Entwicklung wird durch die Unternehmer gegen den Menschen und die Umwelt eingesetzt. Sie muss aber ökologische Zielsetzungen und einer gerechten Verteilung der Arbeit dienen.

– Viele Arbeitsplätze in der Schweiz stehen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Dritten Welt oder der Sicherung diktatorischer und faschistischer Regime (...)

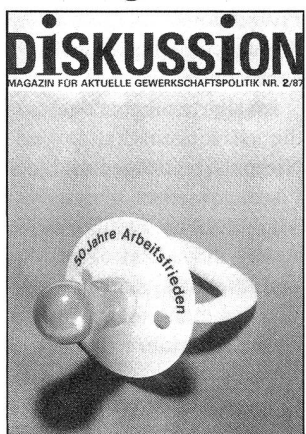
– Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit und das körperliche und psychische Wohlbefinden müssen über dem Profitdenken stehen.

Noch ist es Zeit zum Umdenken. Wir setzen uns ein für eine neue Gewerkschaftspolitik. Die Gewerkschaftsbewegung soll wieder ein Ort der Solidarität und der Verteidigung der Interessen von uns Frauen, Männern aber auch Angestellten, Jugendlichen und AusländerInnen werden. Nur die internationale Solidarität aller Lohnabhängiger kann eine menschengerechtere und nicht profithörige Welt schaffen.»

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von den Zürcher Sektions-Vorständen der GBH, GDP, GTCF, VPOD Lehrberufe und Soziale Institutionen sowie von rund 500 Einzelpersonen aus allen Verbänden.

Für die Publikation des Aufrufs spendeten diese Personen 22'000 Franken; der nicht verwendete Überschuss von 5000 Franken ging an die südafrikanische Gewerkschaft NUM.

Solange Vorrat!



Benutzen Sie bitte die Bestellkarte auf der Umschlagrückseite!



Stellungnahme des SGB-Vorstandes zu Kampagnen im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zum 50jährigen Bestehen der Vereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Der Vorstand des SGB hat sich an seiner gestrigen Sitzung mit den verschiedenen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 50jährigen Bestehen der Vereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie befasst. Insbesondere hat er über die geplante Platzierung eines Inserates im «Tages-Anzeiger» unter dem Titel «50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug!» (. . .) diskutiert.

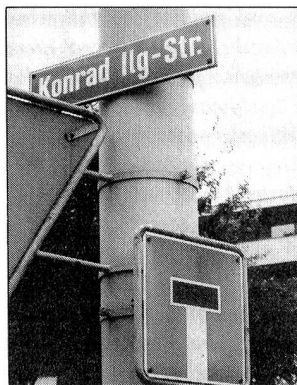
Im Auftrag des Vorstandes teilen wir Euch mit, dass sich der Vorstand vom Inhalt dieses geplanten Inserates distanziert. Der Text stellt einerseits eine Verunglimpfung der Vertragspolitik einer Mitgliedergewerkschaft des SGB, dem SMUV, dar. Andererseits wird die Arbeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren diskreditiert.

Der Vorstand des SGB ersucht deshalb die für das Inserat Verantwortlichen, davon abzusehen, dieses Inserat erscheinen zu lassen. Er bittet die einzelnen Gewerkschaften und insbesondere jene, zu denen die drei genannten Sektionen gehören, darauf hinzuwirken, dass auf das geplante Inserat verzichtet wird.

Der SGB-Vorstand ist besorgt, dass solche Vorhaben, wie das erwähnte, zu Auseinandersetzungen innerhalb des SGB führen könnten, die nicht nur der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch den einzelnen Gewerkschaften schaden würden...

Andererseits ist der Vorstand aber auch der Meinung, dass Fragen der Vertragspolitik und der mit diesen verbundenen Friedensregelung diskutiert werden dürfen. Mit Blick auf die geänderten Verhältnisse im Arbeitsbereich und im gesellschaftlichen und politischen Leben erachtet er solche Diskussionen sogar für nötig.

Diese sollen und müssen aber unter den im SGB zusammenge-



schlossenen Gewerkschaften innerhalb des SGB geführt werden. Der SGB-Vorstand hat deshalb ebenfalls gestern das Datum für die bereits früher beschlossene Verbandskonferenz zum Thema Vertragspolitik festgelegt . . .

Indem wir hoffen, dieser Brief möge auf Euer Verständnis stossen, grüssen wir Euch freundlich

im Auftrag des Vorstandes
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes
Fritz Leuthy

27.8.87

PS. Dieses Schreiben geht per Express an die Verbände.